



Presseinformation

Nr. 113/2007

Kiel, Dienstag, 27. März 2007

Innen/Recht/Datenschutz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Wolfgang Kubicki: „Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist auch in Zeiten des Terrorismus kein Luxusgut“

Zum Tätigkeitsbericht 2007 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Der Bericht des Landesdatenschützers beweist es Jahr für Jahr: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird vom Landes- und Bundesgesetzgeber zunehmend missachtet und ausgehöhlt. Beispiele fanden sich in den vergangenen Jahren genug. Dazu gehört das neue Polizeirecht ebenso wie der geplante Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Vorratsdatenspeicherung oder auch die zentrale Schülerdatenbank. Dabei handelt es sich bei dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung um ein Menschenrecht und nicht um ein Luxusgut, das man sich in Zeiten terroristischer Bedrohung nicht leisten kann“, so Kubicki.

„Welche Auswirkungen auf konkrete persönliche Schicksale der ungezwungene Umgang mit Daten haben kann, hat der Datenschützer auch im diesjährigen Bericht wieder vor Augen geführt. Es sei nur das Beispiel der Petentin genannt, der fast der Zugang zur Polizeilaufbahn verwehrt blieb, weil unzulässigerweise Daten von Schleswig-Holstein an die Polizeibehörde in Niedersachsen weitergeleitet wurden“, so Kubicki weiter.

„Die Arbeit des Landesdatenschützers wird insbesondere vom Innenministerium behindert und anscheinend auch gering geschätzt. Zum einen hat der Innenminister mit seinen Vorschlägen zum neuen Polizeirecht Beteiligungsrechte des Landesdatenschützers streichen wollen, zum anderen behindert er eine datenschutzrechtliche Begleitung der rechtskonformen Fortentwicklung von INPOL-neu durch den Landesdatenschützer. Fachkompetenz ist im Innenministerium anscheinend nicht mehr gefragt, wenn sie politischen Vorgaben widerspricht. Dieser bedauerliche Stil hat sich allerdings erst unter dem SPD-Innenminister in der Großen Koalition entwickelt“, so Kubicki abschließend.